



über die 1. Sitzung
des Straßenverkehrsausschusses
am Dienstag, dem 30. November 1999
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:35 Uhr
Ende: 17:55 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Filthaut
Herr Henning
Herr Kaminski
Herr Lipinski
Herr Müller
Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Herr Hasler
Herr Klein
Frau Scharrenbach
Herr Weigel

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Gockel
Herr Schultebraucks
Herr Schulze-Braucks

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Fuhrmann
Herr Oppel
Herr Wilhelm

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Rüping

Beratendes Mitglied F.D.P.

Herr Oertel

Sachverständige

Herr Breitbarth
Herr Feld
Herr Schmücker
Herr Wiebusch

Verwaltung

Herr Adamini
Herr Brüggemann
Frau Bublitz
Herr Grudnio
Herr Koßmann
Herr Liedtke

entschuldigt fehlten

Herr Bachmann
Herr Grosch
Herr Gube
Herr Knop
Herr Krause
Herr Muermann
Frau Müller
Herr Skodd
Herr Watermann
Herr Zimmer

Herr **Klein** begrüßte die Anwesenden, insbesondere alle neuen Ausschussmitglieder, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Ferner gab er bekannt, dass eine Ergänzung der Tagesordnung beabsichtigt sei, da die Verwaltung eine Beschlussvorlage als TOP 2 nachgemeldet habe.

Diese Beschlussvorlage läge jedem einzelnen Mitglied des Straßenverkehrsausschusses als Tischvorlage vor.

Hierzu ergänzte Herr **Brüggemann**, dass bezüglich des neuen Straßenverkehrsausschusses die ständige Anwesenheit der Sachverständigen per Beschluss von den Mitgliedern des Straßenverkehrsausschusses zunächst verabschiedet werden müsse. Er wies die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darauf hin, dass die Beschlussvorlage „Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses sowie Verpflichtung der von den Behörden bzw. Institutionen benannten Vertreter“ nun als TOP 2 geführt werden solle und sich die weiteren Beratungspunkte deshalb jeweils entsprechend verschieben würden.

Gegen diese Vorgehensweise ergaben sich keine Bedenken.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder	
2.	Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses sowie Verpflichtung der von den Behörden bzw. Institutionen benannten Vertreter	453/1999
3.	Bürgeranregung auf Ausschilderung der Glückaufstraße als Einbahnstraße	442/1999
4.	Rückbau von Straßenschwellen im Stadtgebiet Kamen	443/1999
5.	Einrichtung des einhüftigen Parkens auf der Lintgehrstraße, Teilbereich zwischen Weddinghofer Straße und Grillostraße hier: Bericht der Verwaltung	
6.	Mögliche Anbindung der Kämerstraße vom Nordring hier: Bericht der Verwaltung	
7.	Bürgeranregung auf Bau eines Gehweges an der Lortzingstraße und der Husener Straße sowie auf Einrichtung einer Lichtsignalanlage im Bereich der Kreuzung Robert-Koch-Straße/Lindenallee/Einsteinstraße/Lortzingstraße	431/1999
8.	Verkehrssituation am äußeren Kamener Ring hier: Antrag der CDU-Fraktion	
9.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende, Herr **Klein**, bat die Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben. Er verpflichtete die neu gewählten Ausschussmitglieder, ihre Aufgaben nach bestem Können und Wissen wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen. Die anwesenden Sachverständigen wurden bei Einverständnis der übrigen Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses ebenfalls verpflichtet.

Zu TOP 2.

453/1999

Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses sowie Verpflichtung der von den Behörden bzw. Institutionen benannten Vertreter

Beschluss:

An den Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses nehmen je ein Vertreter des Straßenverkehrsamtes Unna, der Kreispolizeibehörde Unna, der Polizeistation Kamen, des Heimat- und Verkehrsvereins Kamen, des AC Kamen im ADAC, des ADFC Kamen, der Kreisverkehrswacht Unna, der VKU und der Freiwilligen Feuerwehr Kamen als Sachverständige teil.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

442/1999

Bürgeranregung auf Ausschilderung der Glückaufstraße als Einbahnstraße

Herr **Brüggemann** verwies auf die Beschlussvorlage und die entsprechende Begründung.

Für die SPD-Fraktion merkte Herr **Lipinski** an, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung akzeptiert werden könne, da eine Einbahnstraßenregelung zu erhöhten Geschwindigkeiten führen würde.

Nach seinen Feststellungen sei aufgrund der geringen Fahrbahnbreiten in der Glückaufstraße ein hoher Parkdruck anzutreffen.

Aus Sicht seiner Fraktion sollte daher von der Verwaltung überprüft werden, wie der Parkdruck entzerrt werden könnte.

Für die CDU-Fraktion stimmte Frau **Scharrenbach** dem Beschlussvorschlag zu, da das Parken als Verkehrsberuhigung angesehen werde.

Beschluss:

Die Bürgeranregung der Frau Sieglinde Mietzner, Märkische Str. 10, 59174 Kamen, auf Ausschilderung der Glückaufstraße als Einbahnstraße wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Auf die Beschlussvorlage eingehend, verwies Herr **Brüggemann** auf den historischen Hintergrund, welcher dem Straßenverkehrsausschuss in der Sitzung am 24.11.1998 mit der Mitteilungsvorlage „Entwicklung der flächenhaften Verkehrsberuhigung in Kamen“ vorgestellt worden sei. Auf der Grundlage der entwickelten Akzeptanz von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen ohne bauliche Begleitung basieren die als durchaus berechtigt zu bezeichnenden Forderungen der Bürger, Schwellen abzubauen. Hieraus habe die Verwaltung Überlegungen dahingehend gezogen, dass einige Straßenschwellen, insbesondere in Straßenzügen mit Schwerlastverkehr und höherem Verkehrsaufkommen, zurückgebaut werden sollten. Insbesondere im Bereich der Straße „Südfeld“ und der Märkischen Straße sollten, so auch die Forderung mehrerer Anlieger, Schwellen kurzfristig zurückgebaut werden.

Ansonsten plane die Verwaltung eine Prioritätenliste aufzustellen, nach der dann der Rückbau der Straßenschwellen sukzessiv vorgenommen werden sollte.

Anschließend wurden von Herrn **Koßmann** die Schwellen und die Straßenzüge, in denen sie eingebaut worden sind, per Dias vorgestellt, wobei zur Örtlichkeit und Höhe der Schwellen Stellung genommen wurde.

Herr **Stahlhut** wies darauf hin, dass er bereits in der Anfangsphase der Verkehrsberuhigung derlei Maßnahmen begleitet habe und sich noch gut daran erinnern könne, wie schwer sich der Ausschuss in der Anfangsphase mit Verkehrsberuhigungsmaßnahmen getan habe. Die Ausführungen in der Vorlage können auch von seiner Fraktion bestätigt werden, so dass der Beschlussvorschlag unterstützt werde.

Von Herrn **Wiebusch** wurden die Aussagen der Verwaltung bestätigt.

Frau **Scharrenbach** begrüßte den Beschlussvorschlag, weil mit dem Rückbau der Schwellen eine Entlastung der Anwohner von Lärm- und Abgasimmissionen eintrete.

An Herrn Brüggemann stellte sie die Frage, wieviel Mittel denn im Jahre 2000 für den Rückbau vorgesehen seien.

Von Herrn **Brüggemann** wurde ausgeführt, dass im Jahre 1999 für den Rückbau einiger Straßenschwellen in der Straße „Südfeld“ und der Märkischen Straße noch rd. 50.000,00 DM zur Verfügung stehen würden. Im Jahre 2000 müssten derartige Mittel aus der Straßenunterhaltung bereitgestellt werden.

Die Frage von Herrn **Rüping**, ob denn andere Mittel zur Verkehrsberuhigung vorgesehen seien, wurde von Herrn Brüggemann dahingehend beantwortet, dass außer Markierungen nichts weiter vorgenommen werde, da in den meisten Fällen bereits Fahrbahnverengungen vorhanden seien.

Weiterhin seien Messgeräte bestellt worden, welche Aufschluss über die gefahrenen Geschwindigkeiten geben könnten.

Der Einwand von Herrn **Lipinski**, dass die Wegnahme der Straßenschwellen nicht zu höheren Geschwindigkeiten führen dürfe, wurde von Herrn **Breitbarth** mit Hinweis auf die Vorlage entkräftet.

Ferner sei aus der Dia-Vorführung zu ersehen, dass neben den Straßenschwellen stellenweise auch Fahrbahnverengungen vorhanden seien, was völlig ausreichend sei.

Herr **Müller** verlies um 17.00 Uhr die Sitzung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Straßenverkehrsausschuss eine Prioritätenliste zum möglichen Rückbau der Aufpflasterungen/Schwellen vorzulegen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, bereits im laufenden Jahr im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel punktuell den Rückbau von Schwellen im Zuge der Märkischen Straße und ggf. der Straße „Südfeld“ zu organisieren.

Abstimmungsergebnis: bei einer Enthaltung mit Mehrheit angenommen

Zu diesem TOP trug Herr **Adamini** ergänzend mit Einverständnis der Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses einen Antrag von Bewohnern des Bachweges vor, die aus Gründen der Verkehrsberuhigung den Einbau von verkehrsberuhigenden Elementen wünschen.

Hintergrund sei folgender:

Im Bachweg, welcher verkehrsberuhigt mit Pflaster ausgebaut und entsprechend ausgeschildert ist, ist ein verhältnismäßig breiter Verkehrsraum anzutreffen, welcher gradlinig geführt werde und einige Kraftfahrzeugführer veranlasst, die zulässige Höchstgeschwindigkeit (Schrittgeschwindigkeit) erheblich zu überschreiten.

Aufgrund dessen wünschen einige Anwohner den Einbau von verkehrsberuhigenden Elementen.

Seitens der Verwaltung sei vorgesehen, zur Verkehrsberuhigung anstelle von anderen Maßnahmen, wie Schwellen oder Einengungen, 2 Pflanzbeete einzubauen.

Die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses begrüßten diese Vorgehensweise.

Zu TOP 5.

Einrichtung des einhüftigen Parkens auf der Lintgehrstraße, Teilbereich zwischen Weddinghofer Straße und Grillostraße
hier: Bericht der Verwaltung

Eingangs teilte Herr **Brüggemann** mit, dass nach Fertigstellung der von der Mehrzahl der Anwohner der Lintgehrstraße gewünschten Ausbauvariante bei einem Ortstermin mit den Anwohnern Beschwerden über verkehrswidriges Parken erhoben worden seien.

Ferner erinnerte er daran, dass man die Straße so gebaut habe, wie die nun beschwerdeführenden Anwohner das ausdrücklich gewünscht hätten. Jetzt sei über eine mögliche, kostengünstige Korrektur zu diskutieren.

Die näheren Hintergründe wurden anschließend von Herrn **Adamini** erläutert.

Herr Adamini berichtete über die Anwohnerversammlung vom 27.05.1997, in der den rd. 70 versammelten Anwohnern 2 Ausbauvarianten vorgestellt worden seien. Eine Variante beinhaltete ein geordnetes Parken mit baulich gestalteten Parkbuchten, während die 2. Variante einhüftiges Parken auf den Gehwegen des in Rede stehenden Teilbereiches der Lintgehrstraße vorsah.

Aufgrund des hohen Parkdrucks entschied sich die überwiegende Zahl der Anwohner für das einhüftige Parken, da durch diese Variante mehr Parkraum zur Verfügung stand.

Die von Herrn Brüggemann genannten neuen Beschwerden prangerten verkehrswidriges Parkverhalten dergestalt an, dass einige Kraftfahrzeuge so nah an der Häuserfront parken würden, dass kein Fußgänger, geschweige denn eine Person mit Kinderwagen, den Bereich passieren könne.

Aufgrund dieses Sachverhaltes wurden von der Verwaltung alle Anwohner dieses Bereiches zu einem Nachbarschaftsgespräch am 24.08.1999 ins Rathaus geladen.

Fazit dieses Nachbarschaftsgesprächs war, dass sich fast alle Anwesenden für das einhüftige Parken mittels Verkehrszeichen und Fahrbahnmarkierung entschieden, um ein geordneteres Parken zu erreichen.

Nach Meinung der SPD-Fraktion, so Herr **Stahlhut**, solle von der Verwaltung der in Rede stehende Teilbereich der Lintgehrstr. wie vorgestellt ausgemaltes und markiert werden, da dies der Wunsch der überwindenden Mehrzahl der Anwohner sei.

Die gleiche Meinung vertraten auch die übrigen Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses.

Zu TOP 6.

Mögliche Anbindung der Kämerstraße vom Nordring
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Brüggemann** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass der Wunsch von Anwohnern der Kämerstr. auf Abbindung vom Nordring und auf einhüftiges Parken bereits in der letzten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 26.05.1999 vorgetragen worden sei und seitens der Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses keine Einwände gegen eine Abbindung und gegen die Zulassung des einhüftigen Parkens bestanden.

Der Ausschuss habe jedoch gebeten, die möglichen Planvarianten zur Kenntnis vorzulegen.

Die Verwaltung habe diese Varianten erarbeitet.

Die einzelnen Abbindungsvarianten wurden von Herrn **Liedtke** mittels eines Tageslichtschreibers wie folgt vorgestellt, wobei er zunächst den Istzustand darstellte:

Eine Variante sieht eine vollständige Abbindung mit baulich zu erstellenden Parkplätzen und Begrünung vor, welche allerdings Kosten in Höhe von 50.000,00 DM verursacht.

Bei der zweiten Variante ist nur eine Abbindung mittels Poller und Markierungen vorgesehen. Ferner sollten einige Bäume in die Asphaltfläche eingebracht werden. Diese Variante würde den städtischen Haushalt mit Kosten von unter 10.000 DM belasten.

Von Herrn **Stahlhut** wurde hierzu ausgeführt, dass jegliche Abbindung von Straßen bei ihm Bauschmerzen hervorrufe, da hierdurch Bedürfnisse geweckt würden, auch wenn es sich nur – wie hier - um die Abbindung einer Fahrtrichtung handele. Die von ihm gesehenen Belastungen für den Rettungsdienst (längere Fahrzeit) konnten von Herrn Brüggemann entkräftet werden, da Feuerwehr und Polizei keine Bedenken geäußert hatten.

Herr **Wiebusch** merkte an, dass bei Vornahme der Abbindung für die Radfahrer eine Bordsteinabsenkung vorgenommen werden müsse, um diesen die Zufahrt zu dem Radweg auf dem Nordring zu ermöglichen.

Von Herrn **Henning**, welcher ebenfalls von den Anwohnern angesprochen worden war, wurde mitgeteilt, dass sich die Situation durch das Anordnen des einhüftigen Parkens sowie der Haltverbote am Eingangsbereich Kämerstr./Mechelnkamp tagsüber entspannt hätte. Das Haltverbot werde jedoch des Nachts missachtet.

Auf die Frage von Herrn **Klein**, ob noch eine Beschlussvorlage folge, wurde von Herrn **Brüggemann** auf die Zustimmung des Straßenverkehrsausschusses in der Sitzung am 26.05.1999 verwiesen. Jetzt gehe es lediglich darum, dass sich der Straßenverkehrsausschuss nach Sachvortrag für die kostengünstigere Variante entscheidet. Erst zu finanziell besseren Zeiten werde auch über eine städtebaulich-ökologische Aufwertung zu diskutieren sein.

Von den Mitgliedern des Straßenverkehrsausschusses wurden keine Bedenken erhoben.

Zu TOP 7.

431/1999

Bürgeranregung auf Bau eines Gehweges an der Lortzingstraße und der Husener Straße sowie auf Einrichtung einer Lichtsignalanlage im Bereich der Kreuzung Robert-Koch-Straße/Lindenallee/Einsteinstraße/Lortzingstraße

Zur Vorlage bemerkte Herr **Brüggemann**, dass der formulierte Beschlussvorschlag bereits in der Sitzung des Planungsausschusses einstimmig angenommen worden sei.

Als neuer Sachverhalt sei nun ein Antrag der Eichendorffschule auf Anlegung eines Fußgängerüberweges (Zebrastreifens) über die Lortzingstr. hinzugekommen.

Nochmals auf die Vorlage eingehend wies er darauf hin, dass mittelfristig an einer Kreisverkehrslösung zu arbeiten sei.

Zwar sehe die Verwaltung die Anlegung eines Zebrastreifens positiv, habe aber wenig Einfluss auf Entscheidungen der Straßenbaustraßenverkehrsbehörden, die schließlich den Zebrastreifen anlegen müssten und sich an den Richtlinien über die Anlegung von Fußgängerüberwegen - die auch Verkehrszählungen vorschrieben - orientierten.

Für die SPD-Fraktion ging Herr **Stahlhut** auf die Beschlussvorlage ein.

Nach Meinung seiner Fraktion würde es nichts nützen, wenn seitens der Stadt Kamen der Fußweg bis zur Dortmunder Stadtgrenze geführt werde, dort aber nicht fortgesetzt werde.

Eine Lichtzeichenanlage werde ebenfalls für nicht notwendig erachtet, da der Bau eines Kreisverkehrs die bessere Lösung sei.

Allerdings sehe er die Notwendigkeit für die Anlegung eines Zebra-streifens, da im neu angelegten Wohngebiet "Am Schulzenhof" mehrere junge Familien mit Kindern wohnen bzw. noch zuziehen würden. Er sehe mittelfristig ein höheres Verkehrsaufkommen auf die Robert-Koch-Straße zukommen, wenn der Bahnübergang auf der Husener Straße in Dortmund-Husen aufgehoben werde.

Beschluss:

Der Bürgeranregung des Herrn Dietmar Harwig, Robert-Bunsen-Straße 4, 59174 Kamen, auf Bau eines Gehweges an der Lortzingstraße und der Husener Straße sowie auf Einrichtung einer Lichtzeichenanlage im Bereich der Kreuzung Robert-Koch-Straße/Lindenallee/Einsteinstraße/Lortzingstraße wird

1. dahingehend zugestimmt, dass die Notwendigkeit eines Gehweges an der Lortzingstraße/Husener Straße gesehen wird, eine Realisierung aber abhängig von der Beteiligung der Stadt Dortmund ist.
2. hinsichtlich der Einrichtung einer Ampelanlage an der Kreuzung Robert-Koch-Straße/ Lindenallee-Einsteinstraße/Lortzingstraße abgelehnt.
3. hinsichtlich des Antrages der Eichendorffschule wird die Verwaltung beauftragt, entsprechende Gespräche mit den Straßenbaulastträgern zu führen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.

Verkehrssituation am äußeren Kamener Ring
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Da Herr **Klein** zu der Vorlage Stellung beziehen wollte, trat er vorab den Vorsitz an Herrn Stahlhut ab.

Für die Antragstellerin, die CDU-Fraktion, ging Herr Klein zuerst auf den Bereich des Nord- bzw. Westringes ein, wo zur Zeit für Fahrzeuge extrem lange Wartezeiten an den vorhandenen Lichtzeichenanlagen zu beobachten seien.

Durch Ortstermine und Gespräche mit Bürgern sei dies untermauert worden.

Der Antrag seiner Fraktion zielen nicht auf Umsetzung aller erwähnten Punkte ab, da man sich auch bewusst sei, dass der Bau von Kreisverkehren auf den betroffenen Bundesstraßen vom Westfälischen Straßenbauamt Hagen vorgenommen werden müsste. Es werde jedoch eine Verbesserung der Situation für alle Verkehrsteilnehmer auf dem gesamten Nord- und Westring und den im Antrag genannten Kreuzungsbereichen gewünscht.

Er beantrage daher, dass die Verwaltung entsprechende Gespräche mit den Straßenbaulastträgern mit dem Ziel auf Verbesserung der Situation führe.

Anschließend übernahm Herr Klein wieder den Vorsitz.

Zum Antrag wurde von Herrn **Brüggemann** ausgeführt, dass nach Abstimmung mit der Antragstellerin zunächst kein Beschluss gefasst werden solle, da die genannten Bundesstraßen und Kreuzungsbereiche in der Straßenbaulast des Westfälischen Straßenbauamtes Hagen stünden. Insbesondere zu den angestrebten Kreisverkehrsanlagen müssten tiefergehende Analysen vorgenommen werden, da unter Umständen Kreisverkehre hier nicht angelegt werden könnten.

Es müssten ferner Analysen für die übrigen Kreuzungsbereiche und den weiteren Verkehrsfluss auf dem West- bzw. Nordring vorgenommen werden, wo möglicherweise, wie bereits durch den Ausschuss angeregt, durch entsprechende Signalisierung eine grüne Welle angestrebt werden könnte.

So würden mittlerweile Zählungsergebnisse vorliegen, die von der Verwaltung an die Gesellschaft für Verkehrstechnik zwecks Erstellung neuer Phasenpläne weitergereicht würden. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

Für die SPD-Fraktion wurde von Herrn **Stahlhut** angemerkt, dass die von Herrn Klein vorgestellte Antragsform Sinn ergebe.

Den schriftlichen Anträgen hätte seine Fraktion wegen der Vielzahl der Wünsche und der unterschiedlichen Straßenbaulasten nicht zustimmen können.

Die Verwaltung sagte zu, die entsprechenden Gespräche zu führen und das Ergebnis in den parlamentarischen Gremien einzutragen.

Zu TOP 9.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Mitteilungen der Verwaltung

1. Herr **Brüggemann** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses über einen schriftlich bei der Verwaltung eingegangenen Antrag der CDU-Fraktion auf Aufmarkierung von unterbrochenen Haltelinien am Kreuzungsbereich Perthesstraße/Hansastraße/Fließerstraße. Begründet werde dies von der Antragstellerin damit, dass hier die Rechts-vor-Links-Regelung aufgrund der Fahrbahnbreite der Perthesstraße dem Kraftfahrzeugführer nicht übermittelt werden könne wie in anderen Bereichen.

Seitens der anderen Fraktionen und der Verwaltung bestanden keine Einwände, so dass der Antrag umgesetzt werden kann.

2. Weiterhin wurde von Herrn **Brüggemann** die Fortsetzung des Abbaues des "Schilderwaldes" angekündigt. Ausschlaggebend hierzu war ein Antrag der SPD-Fraktion, welcher in der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 24.11.1998 einstimmig angenommen worden sei. In der Mitte Oktober 1999 stattgefundenen Verkehrsschau sei bereits der Abbau von ca. 300 Schildern angeordnet worden, jedoch fehle eine vertiefende Analyse. Als erstes Untersuchungsgebiet werde die Verwaltung zusammen mit Verkehrsexperten der Polizei, des Straßenverkehrsamtes und der Straßenbaulastträger den Stadtteil Kamen-Süd/Südkamen am 01.12.1999 begehen.

3. Ein erneuter Wunsch von Bürgern der Straße "Husemannplatz" in Kamen-Heeren-Werve auf Vorverlegung des verkehrsberuhigten Bereiches zur Einmündung der Straße "Südfeld" wurde von Herrn **Grudnio** vorgetragen. Aufgrund einer Bürgeranregung hatte der Straßenverkehrsausschuss in seiner Sitzung am 02.12.1997 beschlossen, den gepflasterten Teil der Straße „Husemannplatz“ als verkehrsberuhigten Bereich auszuschildern. Neuere Überprüfungen der Verwaltung und der Polizeistation haben ergeben, dass der verkehrsberuhigte Bereich unter Einbringung von kleinen baulichen Veränderungen auf kostengünstige Weise vorverlegt werden könne, so dass dem weitergehenden Antrag Rechnung getragen wurde.
4. Von Herrn **Grudnio** wurden ferner die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber informiert, dass aufgrund eines Urteils alle geschwindigkeitsbegrenzenden Verkehrszeichen (Zeichen 274), die hinter der Zahlenangabe noch den Anhang "km" tragen, nicht mehr gültig seien und nun sukzessiv ausgetauscht werden müssten. Von dem Westfälischen Straßenbauamt seien bereits einige noch gut reflektierende Zeichen mit einer entsprechenden reflektierenden Folie überklebt worden.

Herr **Breitbarth** merkte hierzu an, dass die Folie abfallen bzw. entfernt werden könnte. Er rege daher an, die Zeichen zu erneuern.

Die Verwaltung sagte eine Weitergabe an die Straßenbaulastträger zu, da die überwiegende Anzahl dieser Zeichen auf Bundes-, Land- bzw. Kreisstraßen aufgestellt seien.

5. Weiterhin trug Herr **Grudnio** die für das Jahr 2000 mit dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden abgesprochenen Sitzungstermine des Straßenverkehrsausschusses vor.
Sie lauten wie folgt:
 1. Sitzung: Dienstag, 04.04.2000
 2. Sitzung: Dienstag, 29.08.2000
 3. Sitzung: Dienstag, 28.11.2000
6. Frau **Bublitz** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses über die Tagung der Unfallkommission, in der die Unfallschwerpunkte im Stadtgebiet Kamen des Jahres 1998 besprochen worden waren.
Im Kamener Stadtgebiet hatten sich 3 Unfallschwerpunkte gebildet. Es waren:
 1. Kreuzung B 233 (Unnaer Straße)/Kamener Karree/Schattweg
Hier hatten sich auf der Rechtsabbiegespur des Schattweges in die Unnaer Straße hinein (Richtung Kamen) 13 Auffahrunfälle ereignet. Auf Vorschlag der Unfallkommission wurde im Herbst 1999 vom Westfälischen Straßenbauamt Hagen eine zusätzliche Signalisierung der Abbiegespur geschaffen.

2. Heerener Straße (L 636)/ Einmündung Derner Straße
Dieser Unfallschwerpunkt hatte sich im Jahre 1996 durch das Aufstellen von sog. "Leitboys" entschärft.
Im Jahre 1998 war es wiederum zu 14 Unfällen gekommen, die durch Vorfahrtsverletzungen bedingt waren. Während eines Ortstermines war vereinbart worden, Ummarkierungen im Einmündungsbereich der Derner Straße vorzunehmen und „Leitboys“ auch auf dem Seitenstreifen aufzustellen.
Die Ummarkierungsmaßnahmen sind mittlerweile vom Westf. Straßenbauamt Hagen vorgenommen worden.
3. Kreuzung Lünener Straße/Koppelstraße/Weststraße/ Westenmauer
Nachdem dieser ab Ende der 80er Jahre wiederholt aufgetretene Unfallschwerpunkt im Jahre 1992 durch eine abbiegende Vorfahrt vorläufig entschärft worden war, hatten sich im Jahre 1994 und wiederum im Jahre 1998 mehrere Auffahrunfälle und Vorfahrtsverletzungen ereignet. Die Unfallkommission schlug zur Entschärfung des Unfallschwerpunktes die Einrichtung eines Kreisverkehrs bzw. alternativ eine Signalisierung oder eine vom Knotenpunkt wegführende Einbahnstraßenführung vor.
Seitens der Verwaltung werde hier eine Minikreisverkehrslösung favorisiert, die mittelfristig realisiert werden könnte.

2. Anfragen

1. Frau **Scharrenbach** trug Anregungen von Bürgern bezüglich des Friedhofes Kamen-Mitte vor, welche wünschten, dass in der Nähe des Haupteinganges ein Behindertenparkplatz eingerichtet werden solle.

Von der Verwaltung wurde eine Überprüfung zugesagt.

2. Frau **Filthaut** trug an die Verwaltung die Bitte heran, die Piktogramme "30" auf der Grillostraße zu erneuern.

Von Herrn **Brüggemann** wurde eine Neumarkierung zugesagt.

3. Zu möglichen Sanierungsmaßnahmen auf der Brücke der Friedhofstraße bat Frau **Scharrenbach** um Auskunft.

Herr **Brüggemann** bat, derlei Anfragen an den Bauausschuss zu stellen.

4. Herr **Feld** trug Beschwerden von Bürgern vor, die die Sperrung des Zuganges zu den Bahnsteigen am Bahnhof Kamen beklagten. Die Bahnsteige könnten nur noch über den Service-Bereich erreicht werden.

Herr **Liedtke**, dem dieses bekannt war, erwiderte hierzu, dass die Stadt hiergegen sofort bei der Deutschen Bahn AG interveniert hätte, allerdings sich die Bahn hiervon nichts angenommen hätte.

Von der Stadtverwaltung seien ebenfalls ähnlich gelagerte Bürgerbeschwerden an das Management der Deutsche Bahn weitergegeben worden.

Allerdings habe die Verwaltung weiter keinerlei Einfluss, da sie nicht Eigentümerin der Flächen sei.

Wie ihm bekannt sei, liege zwischen der DB AG und dem Pächter ein Vertrag vor, der aussage, dass nur das Servicetor zur Begehung der Bahnsteige benutzt werden dürfe.

Möglicherweise kann erreicht werden, dass von der DB AG ein Tor installiert werde, welches einen Zugang zu den Bahnsteigen nach Schließung des Servicetores ermögliche.

5. Frau **Scharrenbach** bat zu überprüfen, ob die Lichtzeichenanlagen im Stadtgebiet Kamen nachts ausgeschaltet werden könnten.

Hierzu wurde sie von Herrn **Kaminski** dergestalt unterstützt, welcher meinte, dass die Lichtzeichenanlagen nur mit eingeschaltetem Blinklicht in Betrieb genommen werden sollten.

Herr **Breitbarth** wies auf vorliegende Untersuchungsergebnisse hin, welche eindeutig belegten, dass die Nachabschaltung bzw. Blinklichtbetrieb zu steigenden - oftmals tödlich endenden - Unfallzahlen führe. Ihm sei bekannt, dass in der Stadt Kamen die Diskussion darüber bereits abschließend geführt worden sei.

Herr **Hasler** führte hierzu an, dass in anderen Städten des Kreises Unna – z.B. in Werne - einige Lichtzeichenanlagen nachts ausgeschaltet seien.

Hierzu wurde von Herrn **Breitbarth** und Herrn **Wiebusch** erwidert, dass dies situationsbedingt sei. Auf überörtlichen Straßen dürfe dies auf keinen Fall durchgeführt werden.

Aufgrund dieser Aussagen wurde der Wunsch zurückgezogen.

gez. Klein
Vorsitzender

gez. Grudnio
Schriftführer